

Überwiesene Anträge an den Landesausschuss

Antrag R-1: „Überkonfessionelles Pflicht-Schulfach Lebensgestaltung-Ethik-Religion in Baden-Württemberg einführen“

Antragsteller: Gregor Mohlberg

Antragstext: DIE LINKE in Baden-Württemberg setzt sich für die Einführung des Pflicht-Schulfachs Lebensgestaltung-Ethik-Religion (LER) in Baden-Württemberg ein. Der konfessionelle Unterricht soll zu einem freiwilligen Ergänzungsfach umgewandelt werden.

Begründung: Konfessioneller Religionsunterricht und alternativer Ethikunterricht erfüllen nicht die von der Schule geforderte Erziehungsleistung im Bezug auf die Vermittlung allgemeiner gesellschaftlicher Werte und eines ideologie-ungebundenen Zugangs zu Glauben, Philosophie und Ethik. Die getrennte Unterrichtung der SchülerInnen im Bezug auf religiöse, weltanschauliche und lebensgestalterische Fragen verfestigt Unterschiede, anstatt zu mehr Verständnis und Toleranz beizutragen. Gerade eine multikulturelle und multireligiöse Gesellschaft muss aber genau dieses Aufeinanderzugehen gewährleisten und ethnische und religiöse – künstlich konstruierte – Unterschiede zurückdrängen und den Menschen, seine Freiheiten und Rechte in den Vordergrund rücken.

Antrag R-2: „Netz von Rettungsdiensten und Notarztsitzen in Südbaden verbessern“

Antragsteller: Lothar Schuchmann

Antragstext: DIE LINKE Baden-Württemberg fordert das Sozialministerium Baden-Württemberg nachdrücklich auf, ein wesentlich engermaschigeres Netz von Rettungsdiensten und Notarztsitzen in Südbaden einzurichten, um schnellere Einsatz-Zeiten auch im dünn besiedelten Schwarzwald (besonders im Winter) zu ermöglichen und die steigende Zahl von Einsätzen auszugleichen. Notärzte sind fest anzustellen und adäquat zu bezahlen. Außerdem fordern wir die Einrichtung der Position eines "Ärztlichen Leiters Rettungsdienst", um eine höhere Behandlungsqualität zu erreichen und zu sichern. Apoplexien und Herzinfarkte nehmen mit fortschreitender Alterung der Bevölkerung zu, sind aber bei frühem Beginn oft erfolgreich zu behandeln.

Begründung: Kein Bundesland zeigt sich derart uninteressiert an einem funktionierenden, leistungsfähigen Rettungs- und Notarztssystem wie Baden-Württemberg. Die Verantwortung wurde vollständig an Krankenkassen und Dienste abgeschoben. Gegen die Einrichtung neuer dringend benötigter Notarztsitze legen die Kassen regelmäßig ihr Veto ein. In weiten Teilen Südbadens sind lange Anfahrtszeiten, im Winter bis zu 30 und mehr Minuten üblich; zum Vergleich: In Großstädten wie Freiburg dauert es in der Regel nur fünf Minuten nach dem ersten Alarm bis die Retter beim Patienten eintreffen. Ob Schlaganfall oder Herzinfarkt: Je länger die Blutgefäße verstopft bleiben, desto mehr Zellen ersticken. Je länger die Anfahrtswege und die Fahrtdauer, desto mehr Patienten sterben vor der Einlieferung ins Krankenhaus. Dies wird derzeit leider im Schwarzwald immer häufiger. Zur Information: Einsätze 1993 Südbaden: 39 885, Baden-Württemberg: 184 721. 2008: Südbaden: 136 448, Baden-Württemberg 415 357

Antrag R-3: „Gesundheitsversorgung für alle gewährleisten“

Antragsteller: Lothar Schuchmann, Uta Spöri, Gerlinde Strasdeit

Antragstext: Die LINKE Baden-Württemberg fordert nachdrücklich ein solidarisches Gesundheitswesen und die Finanzierung notwendiger medizinischer Leistungen für alle Mitbürger ohne Einschränkung. An der Finanzierung einer solidarischen Bürgerversicherung müssen sich alle Mitbürger in gerechter Weise mit allen Einkommensarten beteiligen. Die Beitragsbemessungsgrenze muss fallen. Die sozial vollkommen ungerechte Kopfpauschale der schwarz-gelben Koalition mit ihren enormen Kosten für öffentliche Haushalte lehnen wir ebenso ab wie die einseitige Belastung von Lohnabhängigen und der Entlastung von Unternehmern und Privatversicherten. Das Land muss seinen Aufgaben der Krankenhausfinanzierung nachkommen statt die Privatisierung voranzutreiben. Eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung für alle ist zu gewährleisten.

Begründung: Die Gesundheitsreform der schwarz-gelben Koalition ist ein Schlag ins Gesicht der sozialen Gerechtigkeit. Die geplante gesundheitspolitische Ausrichtung verstärkt deutlich die schon bisher wahrnehmbaren Tendenzen zur Entsolidarisierung und zur Zwei- bzw. Dreiklassenmedizin. Dagegen werden Privatversicherungen gestärkt und gefördert.

Antrag R-4: „Aufbau von Sozialberatung durch die Linke, Multiplikatoren-schulung“

Antragsteller: Petra Braun-Seitz

Antragstext: Die LINKE Baden-Württemberg soll in den Kreisverbänden Sozialberatung (Beratung von Hartz IV-Empfängern) aufbauen. Dazu sollen Mitglieder, die hier tätig werden wollen, in Rechtsfragen (ALG 2, SGB II) geschult werden. Diese Beratung kann auch mobil (ohne festes Büro) durchgeführt werden.

Begründung: mündlich

Antrag RI-1: „So geht's erneuerbar von Unten“

Antragsteller: Hartmut Plötz

Antragstext: Deutschland muss Vorreiter für eine nachhaltige Produktionsweise sein, deren Einleitung eine radikale Energiewende erfordert. Die Rekommunalisierung der Energieversorgung von unten ist das zentrale Projekt der Zukunft. Der Landesparteitag der LINKEN fordert die Mitglieder auf, eine LAG zu gründen, die ein Handlungskonzept „So geht's erneuerbar von Unten“ erarbeiten soll.

Begründung: mündlich

Antrag RI-2: „Meine Kanzlerin ist sie nicht“

Antragsteller: Karl Reichenberger

Antragstext: Der Landesparteitag spricht sich für eine bundesweite Kampagne aus unter dem Motto „Meine Kanzlerin ist sie nicht“.

Begründung: Der Anspruch von Merkel „Die Kanzlerin aller Deutschen zu sein wollen“ ist geradezu eine Verhöhnung des Wahlvolkes. Regiert doch Merkel in mehreren wichtigen Punkten gegen die Mehrheit des Volkes. Es war bislang ein schwerer strategischer Fehler, die kalte, hinterhältige Schwester nicht stärker direkt anzugreifen und nicht deutlich zu machen, dass sie nicht die Kanzlerin des Volkes, sondern der Reichen und Konzerne ist. Genau dies sollte bei der Veranstaltung für alle „Deutschen“ sichtbar werden.

Antrag RI-3: Kommando Spezialkräfte

Antragsteller: Franziska Stier, Tobias Pflüger, Linksjugend solid

Antragstext: Das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr hat seinen Sitz in Calw, also in Baden-Württemberg. DIE LINKE Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass das Kommando Spezialkräfte sofort aufgelöst wird. Das KSK spielt beim völkerrechtswidrigen Krieg in Afghanistan wie bei anderen Militäreinsätzen eine wesentliche, aber völlig undurchschaubare, politisch hochproblematische Rolle. Dies wird im jetzt gebildeten Untersuchungsausschuss zum Kunduz-Massaker sehr deutlich.

Begründung: mündlich

Antrag RI-4: Partnerschaft mit Ost-Landesverband

Antragsteller: Michael Bernlöhr

Antragstext: Der Landesparteitag der LINKEN Baden-Württemberg beauftragt den Landesvorstand des Landesverbands, Initiativen für eine Partnerschaft mit einem Landesverband der LINKEN in den neuen Bundesländern (Ost) zu entwickeln und der nächsten Versammlung des Landesausschusses dazu Vorschläge zu unterbreiten. Die Kreisverbände des Landesverbands sind aufgefordert, den Landesvorstand dabei mit eigenen Vorstellungen und Initiativen zu unterstützen.

Begründung: mündlich

Antrag VI-1: Vorgehen Beratung des Parteiprogramms

Antragsteller: LAG Ökologische Plattform

Antragstext: Der Landesparteitag möge für die Beratung des Parteiprogramms folgende Vorgehensweise beschließen:

1. Der Landesverband soll sich neben dem Landtagswahlkampf auf den politischen Schwerpunkt „Programmdiskussion“ konzentrieren.
2. Die Diskussion soll sich auf wenige Themen begrenzen, da sonst die Beteiligung vermutlich zu gering ist. Vorgeschlagen werden folgende Themenbereiche: Sozialpolitik, Ökonomie/Ökologie, Gleichberechtigung, Demokratie/Innenpolitik und Bildung.
3. Der Landesvorstand beruft in Zusammenarbeit mit den bestehenden LAGs Arbeitsgruppen ein, die für alle Interessierte offen sind.
4. Jede Arbeitsgemeinschaft soll von März bis Oktober in 3 bis 4 Wochenendtagungen Programmvorschläge erarbeiten, die vom Landesverband und/oder von SprecherInnen der Arbeitsgruppen zusammen geführt werden.
5. Diese Vorschläge werden beim nächsten Parteitag beraten und als Beitrag des Landesverbands beschlossen und in die bundesweite Programmdebatte eingebracht.